

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [EU-Gipfel in Brüssel](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [EP sagt sexuellem Missbrauch von Kindern den Kampf an](#) 3
- [Agrarteil der Omnibus-VO ab 1. Jänner 2018 in Kraft](#) 3

Rat der Europäischen Union

- [EU-MinisterInnen einigen sich auf Teile des Pakets zur sauberen Energie](#) 4
- [Einführung eines modernisierten Europass-Formats](#) 4

Europäische Kommission

- [Bereits 278 Mrd. Euro aus EU-Strukturfonds investiert](#) 5
- [Sicherheitsunion: Schließung von Informationslücken](#) 5

Sonstiges

- [One Planet-Gipfel in Paris](#) 6
- [Rekordbeschäftigung in der EU](#) 6

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 7

[Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen](#) 8

[Tagesordnungen der Institutionen](#) 9

[Impressum und Abbildungsverzeichnis](#) 9

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

EU-Gipfel in Brüssel

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten trafen sich am 14. und 15. Dezember in Brüssel. Im Rahmen dieses Gipfels leiteten sie offiziell die zweite Phase der Brexit-Verhandlungen ein und nahmen [Schlussfolgerungen](#) betreffend eine Vielzahl von Themengebieten an.



Nachdem die Kommission dem Europäischen Rat die Feststellung des ausreichenden Fortschritts bei den Brexit-Verhandlungen vorgeschlagen hatte, stellte die EU-27 dies nun offiziell fest. Des Weiteren verabschiedete sie [Leitlinien](#), die als Orientierungshilfe für die Verhandlung von Übergangsregelungen mit Großbritannien herangezogen werden sollen.

Der Europäische Rat begrüßte außerdem die Einrichtung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) im Verteidigungsbereich und forderte die Mitgliedstaaten auf, ihre nationalen Umsetzungspläne zu erfüllen.

Ferner erörterten die Staats- und Regierungschefs die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion und der Bankenunion. Sie führten einen Gedankenaustausch darüber, wie sichergestellt werden kann, dass die EU über angemessene Mittel zur Bewältigung potenzieller wirtschaftlicher Schocks verfügt.

Als weiteren Punkt sollen die EU und die Mitgliedstaaten die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte voranbringen. In diesem Zusammenhang forderten die Staats- und Regierungschefs die Kommission auf, ein Instrument zur angemessenen Überwachung des Umsetzungsprozesses vorzuschlagen.

Die Führungsspitzen der EU führten auch noch eine Aussprache über die Migrationspolitik der EU. Sie zogen Bilanz über die letzten zwei Jahre und überlegten, wie die diesbezügliche Politik gestärkt werden könnte.

Zuletzt bekräftigten sie auch, sich entschlossen für die Zwei-Staaten-Lösung mit Jerusalem als Hauptstadt von sowohl Israel als auch Palästina einzusetzen.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

EP sagt sexuellem Missbrauch von Kindern den Kampf an

Am 14. Dezember hat das Parlament eine nichtlegislative Entschließung angenommen, in der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, die Zusammenarbeit mit Europol und der IT-Industrie zu intensivieren. So soll sexueller Missbrauch und Ausbeutung von Kindern besser bekämpft werden.

Die MEPs fordern spezifische Maßnahmen zur Bekämpfung neuer Formen der Online-Kriminalität, wie z.B. Rachepornos und sexuelle Erpressung. Mitgliedstaaten, die dies noch nicht getan haben, sollten neben dem Online-Grooming auch das Cyberstalking und das Anlocken von Kindern im Internet strafbar machen.

Des Weiteren werden verpflichtende strafrechtliche Hintergrundüberprüfungen für Personen verlangt, die sich um einen Arbeitsplatz bewerben, der die Interaktion mit Kindern umfasst. Schlupflöcher seien zu schließen, aufgrund derer vorbestrafte Personen unbemerkt von einem Mitgliedstaat in einen anderen umziehen können, um dort mit Kindern zu arbeiten.

[Mehr Informationen](#)

Agrarteil der Omnibus-VO ab 1. Jänner 2018 in Kraft

Das Parlament und der Rat haben am 12. Dezember dem landwirtschaftlichen Teil der Omnibus-VO zugestimmt. Somit werden die Änderungen am 1. Jänner 2018 in Kraft treten.

Die neuen Bestimmungen werden klarere Vorschriften für die Unterstützung von LandwirtInnen bringen, insbesondere durch eine flexiblere Handhabung des Begriffs des aktiven Betriebsinhabers und stärkere Anreize für JunglandwirtInnen.

Des Weiteren wird die Position der LandwirtInnen in der Lebensmittelversorgungskette gestärkt. So wird ihnen beispielsweise das Recht eingeräumt, einen schriftlichen Vertrag zu verlangen (ausgenommen bei KMU).

Die Regeln sehen auch klarere Vorschriften für Interventionen auf den Märkten vor. Auf deren Basis soll die Kommission schnell auf Marktversagen reagieren können, ohne auf öffentliche Interventionen oder Maßnahmen der privaten Lagerhaltung zurückgreifen zu müssen.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

EU-MinisterInnen einigen sich auf Teile des Pakets zur sauberen Energie

Am 18. Dezember hat der Rat seine Verhandlungspositionen (siehe [allgemeine Ausrichtung](#)) in Bezug auf Teile des Pakets „Saubere Energie“ (vgl. [in Englisch](#)) festgelegt.

Von der Einigung umfasst ist der Verordnungsentwurf über das Governance-System der Energieunion. Dadurch sollen Kooperations- und Kontrollverfahren zur Überwachung der Umsetzung der Ziele und Vorgaben der Klima- und Energiepolitik der EU bis 2030 eingeführt werden.

Die Verhandlungsposition betrifft ebenfalls den Verordnungsvorschlag zur Schaffung des Rahmens für einen EU-weiten Elektrizitätsbinnenmarkt. Damit soll ein reibungslos funktionierender, für den Wettbewerb gerüsteter und unverzerrter Elektrizitäts-

markt errichtet werden. Zu den obersten Zielen zählen Flexibilität, Dekarbonisierung und Innovation.

Die allgemeine Ausrichtung des Rats ebnet den Weg für Verhandlungen mit dem Parlament im nächsten Jahr.

[Mehr Informationen](#) zum Governance-System der Energieunion

[Mehr Informationen](#) zum EU-weiten Elektrizitätsbinnenmarkt

Einführung eines modernisierten Europass-Formats

Am 13. Dezember haben sich der Rat und das Parlament über die neue Europass-Entscheidung geeinigt. Ziel ist es, berufliche Qualifikationen und Kompetenzen transparenter und verständlicher darzustellen.

Der neue Europass-Rahmen soll die Erstellung von Lebensläufen und Kompetenzprofilen erleichtern. Zudem sollen Informationen über Lernangebote sowie Informationen und Unterstützung für die Anerkennung von Qualifikationen bereitgestellt werden. Im Übrigen soll das Instrument für Menschen mit Behinderungen besser zugänglich sein und personenbezogene Daten wirksamer schützen.

Der Europass wird auch mit anderen EU-Instrumenten verknüpft, beispielsweise mit dem EURES-Jobportal zur beruflichen Mobilität.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Bereits 278 Mrd. Euro aus EU-Strukturfonds investiert

Die Kommission zeigt in einem am 13. Dezember veröffentlichten [Bericht](#) auf, welche Ergebnisse mit den fünf EU-Fonds seit Beginn der Förderperiode bereits erzielt wurden.

Bis Oktober 2017 wurde fast die Hälfte der Haushaltsmittel der europäischen Struktur- und Investitionsfonds für den Zeitraum 2014–2020 gebunden. Bis Ende 2016 hatten rund 793.500 Unternehmen Unterstützung aus den Fonds erhalten und damit schätzungsweise 154.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Dem Bericht ist zudem zu entnehmen, dass sich die Neuerungen des aktuellen Programmplanungszeitraums positiv ausgewirkt haben. So würden die Ex-ante-Konditionalitäten einen starken Anreiz für Reformen in verschiedenen Bereichen (z.B. Einhaltung von Energieeffizienz- oder Vergabevorschriften) schaffen.

Außerdem nehmen die Mitgliedstaaten zunehmend von den Vereinfachungsmöglichkeiten des kohäsionspolitischen Rahmens 2014-2020 Gebrauch: Dazu zählen die Online-Verfahren zur Verwaltung der Fonds („E-Kohäsion“), die vereinfachten Antragsverfahren für Unternehmen („zentrale Anlaufstellen“) und die einfacheren Möglichkeiten der Kostenerstattung für die Begünstigten.

[Mehr Informationen](#)

Sicherheitsunion: Schließung von Informationslücken

Die Kommission hat am 12. Dezember einen Vorschlag zur Beseitigung von Informationslücken vorgelegt, der die Modernisierung der EU-Informationssysteme in den Bereichen Sicherheit, Grenzschutz und Migrationssteuerung ([in Englisch](#)) sowie eine verbesserte Zusammenarbeit der Systeme vorsieht ([in Englisch](#)).

Ein Europäisches Suchportal soll nach dem Grundsatz der „einzigen Anlaufstelle“ eingerichtet werden. Somit wird es Sicherheitsbehörden ermöglicht, gleichzeitig mehrere EU-Informationssysteme abzufragen.

Außerdem ist der Einsatz eines gemeinsamen Systems zum Abgleich biometrischer Daten wie Fingerabdrücke und Gesichtserkennung vorgesehen. Anhand dieser Informationen soll den Behörden die Verwendung von mehreren oder falschen Identitäten angezeigt werden.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

One Planet-Gipfel in Paris

Am 12. Dezember fand in Paris der [One Planet Summit](#) statt. Der französische Staatspräsident Macron hatte diese Initiative nach Ankündigung der US-Regierung, aus dem Pariser Übereinkommen

Bei der Veranstaltung war auch die Kommission vertreten, die ihren Aktionsplan für den Planeten präsentierte. Dieser beinhaltet zehn Initiativen zur Förderung des Übergangs zu einem modernen und sauberen Wirtschaftssystem. Die Kommission beabsichtigt die Schaffung eines Umfelds, das in allen Schlüsselsektoren öffentliche und private Investitionen in Innovations- und Modernisierungsprojekte begünstigt. Der Aktionsplan umfasst zudem flankierende Maßnahmen, die Arbeitsplätze schaffen, Industriesektoren modernisieren sowie gewährleisten sollen, dass BürgerInnen,

ArbeitnehmerInnen und Regionen bei diesem Prozess nicht zurückbleiben.

Bei der Veranstaltung war auch die Verringerung der Kohleindustrie ein Thema. VertreterInnen von Versicherungen und Banken kündigten an, Kohleprojekte künftig nicht mehr zu unterstützen. So will der französische Versicherer AXA keine neuen Kohle- oder Ölsandprojekte mehr versichern und die Weltbank ab 2019 kein Geld mehr für Öl- und Gasförderung auszahlen.

[Mehr Informationen](#)

Rekordbeschäftigung in der EU

Nach Schätzungen des EU-Statistikamts „Eurostat“ vom 13. Dezember waren im dritten Quartal 2017 in der EU-28 insgesamt 236,3 Mio. Männer und Frauen erwerbstätig, davon 156,3 Mio. in Ländern des Euroraums. Dies sind die höchsten Werte, die jemals in der EU-28 und im Euroraum verzeichnet wurden.

Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im dritten Quartal 2017 gegenüber dem Vorquartal im Euroraum um 0,4 % und in der EU-28 um 0,3 %. Estland (+1,3 %), Kroatien und Malta (je +1,1 %) sowie Bulgarien (+1,0 %) verzeichneten im Vergleich zum Vorquartal die höchsten Wachstumsraten.

Österreich kommt auf ein Plus von 0,4 % gegenüber dem Vorquartal und auf ein Plus von 1,5 % gegenüber dem dritten Quartal 2016.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Reduzierung von Meeresmüll: Maßnahmen für Einwegkunststoffe und Fanggeräte](#)

Umwelt, Maritime Angelegenheiten und Fischerei, Klimaschutz
15 Dezember 2017 - 12 Februar 2018

[Verbesserung der Sicherheit für Eisenbahnpassagiere](#)

Verkehrsthemen
8 Dezember 2017 - 16 Februar 2018

[Bewertung der EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel](#)

Klimaschutz, Landwirtschaft und Umwelt, etc.
7 Dezember 2017 - 1 März 2018

[Vorschlag zur Einrichtung einer Europäischen Arbeitsmarktbehörde, Initiative für eine europäische Sozialversicherungsnummer](#)

Beschäftigung und Soziales
27 November 2017 - 7 Januar 2018

[Öffentliche Konsultation zu Arzneimitteln in der Umwelt](#)

Umwelt, Chemikalien, Öffentliche Gesundheit, Wasserressourcen, etc.
22 November 2017 - 21 Februar 2018

[EU-Konsultation zu CO₂-Ausstoß von LKW](#)

Klimaschutz, Unternehmen und Industrie
20 November 2017 - 29 Januar 2018

[Öffentliche Konsultation über die Methoden zur Festlegung eines Verzeichnisses der Sektoren, von denen angenommen wird, dass sie mit einem erheblichen Risiko einer Verlagerung von CO₂-Emissionen behaftet sind, für den Zeitraum 2021–2030](#)

Klimaschutz
20 November 2017 - 12 Februar 2018

[Öffentliche Konsultation zur Initiative zur Begrenzung des Verzehrs von industriellen Transfettsäuren in der EU \(DE\)](#)

Lebensmittelsicherheit
17 November 2017 - 9 Februar 2018



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Forschung & Innovation; Umwelt

| | | | |
|-------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------|------------|--------------|
| Gesellschaftliche Herausforderungen | Blue Bioeconomy Public-Public Partnership | 13.02.2018 | € 8.000.000 |
| Gesellschaftliche Herausforderungen | New and emerging risks to plant health | 23.01.2019 | € 7.000.000 |
| Gesellschaftliche Herausforderungen | Integrated system innovation in valorising urban biowaste | 13.02.2018 | € 20.000.000 |

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Patrick Raschner

Abbildungsverzeichnis´

<https://tvnewsroom.consilium.europa.eu/event/general-affairs-council-december-2017-18ca0/general-affairs-council-roundtable-with-candidate-countries-albania-fy-6720#/gallery/0>

<https://tvnewsroom.consilium.europa.eu/event/european-council-december-2017-day-1-18ca3/european-council-doorstep-by-president-tusk-14-12-17-brussels-14-12-17#/gallery/0>